

## X10 Strukturreform von B90/DIE GRÜNEN: Gegen Machtkonzentration und für demokratische Mitsprache

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung der Grünen Jugend München (beschlossen am 18. März 2026)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern möge folgenden Antragstext  
2 beschließen:

3 Bündnis 90/Die Grünen plant einer der größten Strukturreformen seit dem Bestehen  
4 der Partei. Ziel der Reform ist es, Strukturen zu „modernisieren“ und die Partei  
5 „handlungsfähiger“ zu machen. Was gut klingt, bedeutet jedoch in vielen Punkten  
6 eine stärkere Machtkonzentration und Beschneidung basisdemokratischer Mitsprache  
7 und Kontrolle. Als GRÜNE JUGEND Bayern schauen wir genau hin und setzen uns im  
8 Rahmen der Strukturreformdebatte in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis  
9 der GRÜNEN JUGEND für basisdemokratische Grundprinzipien wie Beteiligungsrechte  
10 und Gewaltenteilung ein.

11 Folgenden Teilaspekten stehen wir als GRÜNE JUGEND Bayern ablehnend gegenüber:

- 12 • Schwächung der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGs) und Ausweitung der Macht  
13 des Bundesvorstandes im Länderrat: Der BAG-Sprecher\*innenrat entsendet  
14 derzeit fünf Delegierte zum Länderrat, die Reform möchte die Anzahl auf  
15 zwei reduzieren, während gleichzeitig vier Mitglieder des Bundesvorstands  
16 (vorher: null) automatisch delegiert sein sollen. Die BAGs sind wichtige  
17 Arbeitsgremien, in denen fachpolitisch mit Expert\*innen an Themen  
18 gearbeitet wird. Ihren Einfluss stark einzuschränken und gleichzeitig die  
19 Macht des Bundesvorstands auszuweiten, widerspricht der demokratischen  
20 Idee, wonach der Länderrat den Bundesvorstand als zweithöchstes  
21 Beschlussorgan nach der Bundesversammlung kontrollieren soll.
- 22 • Ausweitung der Macht von Mandatstragenden im Parteirat und Vorgabe seiner  
23 Zusammensetzung: Der Parteirat berät den Bundesvorstand und entwickelt  
24 politische Initiativen, derzeit werden bis zu 13 Mitglieder von der  
25 Bundesversammlung direkt gewählt. Die Reform möchte die Zusammensetzung  
26 des Parteirats vorgeben, so sollen die Vorsitzenden der  
27 Bundestagsfraktion, zwei grüne Bundesregierungsmitglieder (sofern in der  
28 Regierung), zwei grüne Mitglieder aus dem Bundesrat (de facto  
29 Landesregierungen), die\*der Vorsitzende der Fraktion im EU-Parlament,  
30 jeweils eine Person aus dem Kreis der Landtagsfraktionsvorsitzenden und  
31 Landesvorsitzenden und eine\*n (Ober-)Bürgermeister\*in/Landrat\*in darin  
32 vertreten sein und vom Länderrat aus dessen Kreise gewählt werden. Dadurch  
33 wird die Wahl des Parteirats nicht nur dem höchsten demokratischen  
34 Beschlussorgan der Partei entzogen, sondern auch seine Zusammensetzung so  
35 vorweg genommen, dass Mandatstragende besonders viel Einfluss gewinnen.  
36 Die demokratische Gewaltenteilung wird hierdurch weiter geschwächt.
- 37 • Aufweichung der Trennung von Amt und Mandat im Bundesvorstand: Bisher  
38 dürfen dem sechsköpfigen Bundesvorstand maximal zwei Mandatstragende  
39 angehören. Die Reform sieht vor, die Zahl auf drei zu erhöhen, davon  
40 maximal zwei Bundestagsabgeordnete. Die Änderung mag im Vergleich zu den

41 anderen kleiner wirken, aber auch hier wird die demokratische  
42 Gewaltenteilung zwischen Partei und Mandatstragenden weiter aufgeweicht.  
43 Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, die Interessen und das Programm der  
44 Partei zu vertreten, notwendigenfalls auch gegen eigene Mandatstragende.  
45 Der Bundesvorstand darf nicht wie in manchen Situationen während der  
46 Ampel-Regierung zur Pressestelle der Regierung werden.

47 Folgenden Teilaspekten stehen wir skeptisch gegenüber und fordern eine weitere  
48 Debatte:

- 49 • Möglichkeit der Begrenzung von Änderungsanträgen: Die Reform ermöglicht  
50 es, durch eine Änderung der Geschäftsordnung, die Anzahl von  
51 Änderungsanträgen pro Mitglied zu begrenzen. Da in vielen Fällen ein  
52 Änderungsantrag an einen Antrag nur pro Absatz eines Textes gestellt  
53 werden kann (siehe Parteiprogramm), und es zudem oft sehr viele relevante  
54 Anträge gibt, kann eine solche Änderung basisdemokratische Rechte stark  
55 beschneiden.
- 56 • Ausweitung der Macht der Antragskommission: Die Reform ermöglicht es, der  
57 Antragskommission nicht nur Abstimmungsverfahrensvorschläge zu machen,  
58 sondern nun auch explizit qua Satzung „Vertagungen“ oder  
59 „Nichtbefassungen“ vorzuschlagen. Die Antragskommission darf zwar  
60 inhaltlich weder für die Annahme noch die Ablehnung eines Antrag  
61 Empfehlungen aussprechen, aber eine Vorschlag z.B. zur „Nichtbefassung“  
62 kann de facto einer „Ablehnung“ gleichkommen.

63 Zu folgendem Teilaspekt fordern wir eine weitere Debatte:

- 64 • Verschärfung der Antragsquoren: Derzeit können 50 Basismitglieder auf der  
65 Bundesversammlung einen Antrag stellen. Die Reform sieht vor, das Quorum  
66 auf 0,05% der Anzahl der Parteimitglieder (derzeit ca. 90) zu erhöhen. Die  
67 Handlungsfähigkeit der Bundesversammlung ist von großer Bedeutung,  
68 gleichzeitig sollte es nicht dazu kommen, dass neben den Gremien nur noch  
69 mächtige Netzwerke innerhalb der Partei, Basisanträge stellen können. Das  
70 Antragsrecht ist ein wichtiges basisdemokratisches Recht.

71 Die GRÜNE JUGEND Bayern vertritt diese Haltung aktiv gegenüber der Partei  
72 Bündnis 90/Die Grünen und anderen Ebenen der GRÜNEN JUGEND.

## Begründung

Erfolgt mündlich.